

BDS-Erfolge:

Der Bundesstaat Washington zieht sich aus Caterpillar zurück, die Bundeshauptstadt Olympia blockiert Investitionen in die Apartheid

Das Finanzministerium des Bundesstaates Washington gab bekannt, dass es seine Caterpillar-Anleihen im Wert von 62 Millionen Dollar veräußert hat, und Olympia, die Hauptstadt Washingtons, beschloss einstimmig, Investitionen in Unternehmen zu unterbinden, die an Apartheid oder illegaler Besetzung beteiligt sind.

Lois Pearlman, mondoweiss.net, 06.04.26

Dreiundzwanzig Jahre, nachdem Rachel Corrie in Gaza von einem Caterpillar-Bulldozer zu Tode gequetscht wurde, haben ihr zwei Erfolge bei Desinvestitionskampagnen in ihrem Heimatbundesland Washington ein gewisses Maß an Gerechtigkeit verschafft.

Die Liste konzentriert sich auf börsennotierte Unternehmen, die eng in die israelische Apartheid verwickelt sind. Laut Menschenrechtsorganisationen setzt Israel seit Jahrzehnten Bulldozer der Marke Caterpillar ein, um palästinensische Häuser abzureißen.

Im vergangenen Monat veräußerte das Finanzministerium des Bundesstaates Washington seine Caterpillar-Anleihen im Wert von 62 Millionen Dollar und am 24. März beschloss der Stadtrat von Olympia einstimmig, eine scharf formulierte Erklärung in seine Richtlinie für ethisches Investieren aufzunehmen, welche Investitionen in Unternehmen ausschließt, die sich an Apartheid oder illegaler Besetzung beteiligen.

Rachel verteidigte das Haus der Familie Nasrallah in Rafah im Gazastreifen, wo sie als Freiwillige des *International Solidarity Movement* ihre Nächte verbrachte. Corrie ist in Olympia aufgewachsen, ihre Familie lebt noch immer dort.

Da der Finanzminister des Bundesstaates, Mike Pellicciotti, die Caterpillar-Anleihen veräußert, ist Washington laut Noam Perry, Forschungskordinator des *Action Center for Corporate Responsibility* des *American Friends Service Committee*, der erste US-Bundesstaat, der sich von allen Unternehmen auf der *Boycott, Divestment and Sanctions*-Liste zurückzieht.

Die Liste konzentriert sich auf börsennotierte Unternehmen, die eng in die israelische Apartheid verwickelt sind. Laut Menschenrechtsorganisationen setzt Israel seit Jahrzehnten Bulldozer der Marke Caterpillar ein, um palästinensische Häuser abzureißen.

In der Erklärung der Finanzbehörde heißt es zum Verkauf der Caterpillar-Anteile: „Diese Maßnahmen wurden ergriffen, um angemessene Liquidität zu schaffen und die Anlagen gemäß dem vom Finanzteam genehmigten Anleiheportfolio für 2026 umzuschichten, das neu hinzugekommene Unternehmen für Investitionen umfasst.“

Mit anderen Worten: Sein Investmentteam stufte Caterpillar-Anleihen als riskante Anlage ein, da sich andere Entitäten aus dem Unternehmen zurückziehen, darunter Norwegen, die Niederlande und Alameda County in Kalifornien.

Perry wies jedoch darauf hin, dass dies nicht die ganze Geschichte sei. „Wir wissen ganz genau, dass es am Druck von Aktivisten lag“, erklärt er gegenüber *Mondoweiss*. Rae Levine von der Organisation *Seattle Jewish Voice for Peace (JVP)* bestätigte dies. Gemeinsam mit *Washington for Peace and Justice*, einer von Palästinenser:innen geführten Organisation, hatten die Gruppen über ein Jahr lang Druck auf den Investitionsausschuss des Bundesstaates Washington ausgeübt, damit dieser seine Investitionen aus dem israelischen Apartheidregime abzieht.

Levine erklärte, dass der Staat über zwei Finanzierungsquellen verfügt – das *Washington State Investment Board*, das die Pensionsfonds verwaltet, und das *Office of the Treasurer*, das die Betriebsmittel des Staates verwaltet. Laut Diana Fakhoury von *Washington for Peace and Justice* hält das *Washington State Investment Board* nach wie vor Beteiligungen an 53 Unternehmen aus der BDS-Shortlist in seinem Portfolio – im Wert von etwa 1 Milliarde Dollar.

Laut Dov Baum, dem Leiter des *AFSC Action Center for Corporate Responsibility*, zielen Aktivisten, wenn sie Desinvestitionen anstreben, auf die Betriebsmittel eines Unternehmens ab, weil „dies leicht zu bewerkstelligen ist, da diese Mittel in der Regel von einem Finanzvorstand verwaltet werden“.

„Für uns kommen in der Regel Betriebsfonds und keine Pensionsfonds in Betracht“, erklärte Baum. „Es gibt nur sehr wenige Pensionsfonds, die ethische Aspekte berücksichtigen, da diese Fonds stabil und langfristig angelegt sein müssen. Und das ist sehr schwer (zu beeinflussen).“ „Und wir betrachten dies als einen vollständigen Ausstieg.“

Als Finanzminister des Bundesstaates hatte Pellicciotti bereits eine umwelt- und sozialverträgliche Anlagepolitik für sein Ministerium eingeführt und Aktivisten mussten ihn lediglich darauf hinweisen, dass Caterpillar diese Standards nicht erfüllte. Sein Büro hat die Investition in Caterpillar geprüft und festgestellt, dass andere Investoren sich bereits aus dem Unternehmen zurückgezogen hatten, was es zu einem riskanten und umstrittenen Anlageobjekt machte.

„Es ist von sehr großer Bedeutung, wenn ein Finanzvorstand feststellt, dass eine Investition riskant ist“, sagte Levine. Der nächste Schritt der Koalition besteht darin, den staatlichen Investitionsausschuss davon zu überzeugen, dass er eine Politik des verantwortungsvollen Investierens verfolgt.

Sie wird einen Gesetzentwurf namens *Responsible Investment Act* unterstützen, der in dieser Legislaturperiode nicht vom Bundesstaatsrat verabschiedet wurde, aber voraussichtlich erneut eingebracht wird, wenn dieser im Januar 2027 wieder zusammentritt.

In einer Erklärung des in Illinois ansässigen Baumaschinenherstellers wies Caterpillar erneut jede Verantwortung dafür zurück, wie Israel die von ihm gekauften Bulldozer einsetzt. Mit der Feststellung: „Wir dulden keinen illegalen oder unmoralischen Einsatz von Caterpillar-Maschinen“, erklärte Caterpillar weiter, dass das Unternehmen „strengen Anti-Boycott-Auflagen gemäß zwei US-Gesetzen unterliegt“.

Die Veräußerungsbemühungen in Olympia, Washington, sind ein anderer Fall, da die neu geänderte Anlagepolitik vom seinem Rat einstimmig verabschiedet wurde.

Der aktualisierte Wortlaut lautet unter anderem: „Die Stadt wird von Investitionen in Unternehmen absehen, deren Hauptgeschäftstätigkeit in schädlichen Branchen liegt, wie beispielsweise Tabak, fossile Brennstoffe, Masseninhaftierung oder Inhaftierung von Migranten sowie Rüstungsgüter jeglicher Art oder in Unternehmen, die nachweislich direkt an schweren Menschenrechtsverletzungen wie Sklaverei und Zwangsarbeit, Kriegsverbrechen, illegaler militärischer Besetzung, Rassentrennung oder Apartheid beteiligt sind.“

Stadtrat Clark Gilman, ein früher Befürworter der Initiative, sagte: „Ich hoffe, das inspiriert andere Kommunalverwaltungen, sich uns anzuschließen und zu erklären, dass unsere Investitionsgelder keine Menschenrechtsverletzer, fossile Brennstoffe oder Kriegswaffen unterstützen sollten.“

Für Cindy und Craig Corrie, die Eltern von Rachel Corrie, sind diese beiden Desinvestitionsmaßnahmen der Höhepunkt eines langen Weges, der Klagen gegen Israel und Caterpillar, das Einholen von Unterstützung bei Vertretern der US-Regierung sowie die Gründung der *Rachel Corrie Foundation for Peace and Justice* [<https://rachelcorriefoundation.org>] in den schwierigen Monaten nach Rachels Tod umfasste.

Obwohl mehrere US-Beamte, darunter der ehemalige Außenminister Antony Blinken, darin übereinstimmten, dass die israelischen Ermittlungen zu Rachels Tod keine Ergebnisse brachten, haben die USA niemals Druck auf Israel ausgeübt, eine gründlichere Untersuchung durchzuführen. Und die israelischen Gerichte, die über die Klagen der Familie Corrie gegen Israel entschieden, stellten fest, dass Rachels Tod ein Unfall gewesen sei.

Als die Familie Corrie im Namen von Rachel und vier palästinensischen Familien, die Opfer von israelischen Abrissmaßnahmen unter Einsatz von Caterpillar-Bulldozern geworden waren, Klage gegen Caterpillar einreichten, haben US-Bundesbezirksgerichte die Klage abgewiesen. Das Gericht befand, dass es, da die USA die Caterpillar-Bulldozer bezahlt hätten, unzulässig wäre, wenn sich das Gericht in die außenpolitischen Entscheidungen der Exekutive einmischen würde.

Der ehemalige US-Abgeordnete aus Washington, Brian Baird, brachte 2003 sogar einen Gesetzentwurf ein, in dem eine gründliche Untersuchung gefordert wurde. Obwohl 78 Abgeordnete den Entwurf mitunterzeichneten, kam es nie zu einer Abstimmung.

Doch die Familie Corrie, zu der auch Rachels Schwester Sarah gehört, hat nie aufgegeben und setzt sich weiterhin an der Basis, über die Rachel-Corrie-Stiftung und gemeinsam mit anderen Organisationen für Gerechtigkeit in Palästina ein.

„Wir hatten nie das Gefühl, dass das, wofür wir uns eingesetzt haben, Zeitverschwendung war,“ sagte Cindy Corrie in einem Telefoninterview. „Es waren alles Schritte auf diesem Weg.“

Nach dem Beginn des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen im Oktober 2023 führte dieser Weg dazu, dass sie ein Bündnis mit anderen Aktivisten aus Olympia gründeten, das sich *Palestine Action of the South Sound (PASS)* nannte und die Kampagne für eine ethische Anlagepolitik anführte. Olympia grenzt an den südlichen Teil des Puget Sound.

Laut Perry ist die Desinvestition auf der Grundlage verantwortungsbewusster Anlagepolitik der Weg in die Zukunft. Auf der Website *Divesting for Palestinian Rights* des *American Friends Service Committee* [<https://afsc.org/divest>] sind Dutzende von Städten, Landkreisen, Bundesstaaten, Universitäten und Organisationen aufgeführt, die ihre Investitionen aus israelischen Anleihen oder Unternehmen, die die israelische Apartheid unterstützen, abgezogen haben.

Das *Action Center for Corporate Accountability* (Aktionszentrum für Unternehmensverantwortung d. Übs.) der Organisation bietet Beratung und Unterstützung für Gruppen, die sich für Desinvestitionen einsetzen. Cindy Corrie sagte, Perry und Baum hätten dabei geholfen, die Initiativen sowohl im Bundesstaat Washington als auch in Olympia voranzubringen, und seien sogar nach Seattle gekommen, um persönlich mit ihnen zusammenzuarbeiten. „Das ist ein großartiges Beispiel dafür, was möglich ist und was bereits geschieht“, sagte sie.

Lois Pearlman ist Theaterkünstlerin, freiberufliche Journalistin, Aktivistin für soziale Gerechtigkeit und Co-Produzentin der Sendung „Speaking of Palestine“ auf KBBF FM in Santa Rosa, Kalifornien.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2026/04/bds-victories-washington-state-divests-from-caterpillar-capital-city-olympia-blocks-investment-in-apartheid/>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de